

Mehrheit für Englisch an Primarschulen

Kantonsrätliche Kommissionen neu bestellt

2. Sitzung: Montag, 26. Mai, 8 Uhr 15

Vorsitz: *Ernst Stocker* (svp., Wädenswil)

Urnengang zum Anerkennungsgesetz

bto. Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass gegen das Gesetz über die Anerkennung von Religionsgemeinschaften fristgerecht das Referendum ergriffen worden ist. Es kommt somit zur Volksabstimmung.

Englisch an Primarschulen

Mit einem vom Rat für dringlich erklärten *Postulat* verlangt Jürg Trachsel (svp., Richterswil) vom Regierungsrat, an der Primarschule nur eine Fremdsprache einzuführen. Er reagiert damit auf einen Entscheid des Bildungsrates vom März, in dem dieser beschloss, dass an den Zürcher Primarschulen künftig die beiden Fremdsprachen Französisch und Englisch unterrichtet werden sollen. Der Regierungsrat wendet sich in seiner Antwort gegen den Vorstoss Trachsels. Der Bildungsrat hat die Kompetenz, diesen Entscheid zu fällen.

Jürg Trachsel (svp., Richterswil) zeigt sich enttäuscht, aber nicht überrascht von der Antwort. Der Regierungsrat macht es sich einfach, wenn er einfach auf das abgelehnte Volksschulgesetz verweist. Wenn das Gesetz gut gewesen wäre, wäre es angenommen worden. Das Gesetz ist abgelehnt worden, weil es überladen war. Mit der Sprachenvielfalt wird das Fuder auch jetzt wieder überladen. Wer eine qualitativ hochstehende Schule will, überweist das Postulat. Julia Gerber Rüegg (sp., Wädenswil) hält es für richtig, dass die Regierung an der Sprachvielfalt festhält. Es kommt auf die Bedingungen an, unter denen der Unterricht stattfindet. Der SVP geht es wohl nicht um die Sprache, sondern ums Geldsparen, denn die Mehrsprachigkeit kostet viel Geld. Wir sind darum gegen die Überweisung des Postulats.

«Je früher, desto besser»

Brigitta Johner (fdp., Urdorf) hält den Entscheid des Bildungsrates für richtig, rechtens und mutig. Das frühe Sprachenlernen schafft ein Lernpotenzial für das Erlernen weiterer Sprachen. Die Ausbildung der Lehrkräfte ist gut angelaufen. Und vergessen wir nicht: Die Mehrzahl unserer Schüler ist lernbereit, wir müssen uns nicht immer an den Schwächeren orientieren. Zum Sprachenlernen sagen wir: je früher, desto besser. Auch Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) wendet sich im Namen ihrer Fraktion gegen den Bremsversuch der SVP. Englisch ist die Sprache der internationalen Kommunikation. Die Wissenschaft belegt, dass das frühe Erlernen einer Fremdsprache das Lernen insgesamt begünstigt. Der Zürcher Schritt hin zum Frühenglisch ist im Sinn auch der nationalen Erziehungsdirektorenkonferenz.

Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) versteht, dass der Bildungsrat mit seinem Entscheid zugunsten zweier

Fremdsprachen die Romands nicht verärgern will. Es ist eine eigentliche Panik zu beobachten. Man glaubt, die Kinder müssten möglichst früh alles lernen. Unbeantwortet bleibt die Frage, was mit den schwächeren Schülern passiert. Es kann nicht das Ziel der Reformen sein, dass diese schwachen Schüler am Ende fast nichts können. Es ist ein didaktischer Unsinn, die Vergletscherung der Alpen auf Englisch zu vermitteln. – Der Präsident unterbricht, Amstutz' Redezeit ist abgelaufen.

Gemäss Esther Guyer (gp., Zürich) wendet sich auch die Mehrheit der Grünen gegen das Postulat. Mit dem Fremdsprachenunterricht könnte man schon in der Grundstufe beginnen, zehn Minuten pro Tag, das wäre kindgerecht. Von Panik kann keine Rede sein, wir diskutieren schon lange über das Frühenglisch. Englisch ist die Sprache der Jugend, der Musik, der Wissenschaft, der Hochschulen. Stefan Dollemeier (edu., Rüti) begrüsst den Vorstoss. Ein grosser Teil der Primarschüler ist schon jetzt überfordert. An der Primarschule nur eine Fremdsprache zuzulassen, wäre ein Segen für die Schule. Zwei Sprachen bedeuteten eine fatale Sprachlastigkeit und noch mehr Überforderung.

Susanne Rihs (gp., Glattfelden) will das Denkmal nicht, das sich der abgetretene Bildungsdirektor noch hat setzen wollen. Die Lehrerschaft stützt das Vorhaben nicht. Ich will, dass unsere Kinder Sprachen lernen, keine gestammelten Zweiwortsätze. Am meisten ärgert, dass die Sprachschulung auf Kosten von Handarbeit, Realien und Zeichnen geht. Auch sprachbegabte Kinder müssen ihren Begabungen entsprechend gefördert werden. Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind eine falsche Antwort auf die PISA-Studie.

Gemäss Oskar Bachmann (svp., Stäfa) gilt das von Buschor angewandte ökonomische Prinzip, mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel zu erreichen, in der Schule nicht. Schüler sind Individuen. Es geht um Menschenbildung, da gehört auch Musse dazu. Die Primarschule soll Kulturtechniken vermitteln, der Spracherwerb gehört zur Sekundarstufe zwei. Eine Alltagskonversation auf Englisch wäre noch sinnvoll, aber nicht die Wiederansiedlung des Luchs. Anita Simioni (fdp., Andelfingen) fordert, die Kinder mit Reimen und Liedern an die Sprache heranzuführen. Willy Germann (cvp., Winterthur) wendet sich gegen das Wort Chancengleichheit. Man meint, alle Kinder könnten gleich viel, das stimmt nicht. Esther Guyer (gp., Zürich) ereifert sich über die Äusserung Dollemeiers, dass die Generation, die heute ins Erwerbsleben eintritt, dümmer sei als die abtretende. Da fehlen sogar mir die Worte. Matthias Gfeller (gp., Winterthur) erinnert an die Chance, innerhalb der Schweiz kostengünstig im französischen Landesteil Sprachaufenthalte zu machen. Es hat keine Eile, die Sprache Bushs zu lernen.

«Englisch nicht nur für Betuchte»

Susanna Rusca (sp., Zürich) wendet sich im Sinn der Chancengleichheit gegen das Postulat. Ohne Englisch an der Volksschule kommt es so weit, dass sich nur noch gewisse Kreise die Englischausbildung ihrer Kinder in

privaten Ergänzungsschulen leisten können. *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) vertritt die Ansicht, es fehle zurzeit an genügend ausgebildeten Volksschullehrern. Zwei Fremdsprachen kann nur das beste Viertel der Schüler verkraften. Alle reden nur davon, was man noch machen könnte, niemand sagt, auf was man dafür verzichten muss. *Stefan Doltenmeier* (edu., Rüti) spricht von einer folgenschweren Entscheidung, die zu fällen ist. Die Schüler sind bereits am Anschlag. Schwimmen Sie, die vernünftigen Mitglieder dieses Rates, nötigenfalls auch gegen den Strom ihrer Partei!

Lukas Briner (fdp., Uster) berichtet von zahlreichen Lehrkräften, die den Entscheid des Bildungsrates befürworten. Das Beherrschen der englischen Sprache ist eine Kernkompetenz. Die Kinder, die heute schon Englisch lernen, sind begeistert. *Julia Gerber Rüegg* (sp., Wädenswil) ruft in Erinnerung, dass der Zürcher Lehrerverband gemäss einer Umfrage die Einführung der Mehrsprachigkeit zumindest nicht ablehnt. *Matthias Hauser* (svp., Hüntwangen) unterstützt das Postulat. Wir wenden uns damit nicht gegen die Sprache Englisch, sondern gegen dessen zu frühe Einführung. *Susanne Rihs* (gp., Glattfelden) vertritt die Meinung, wenn ein Schüler eine Lehrstelle nicht bekomme, sei das nicht wegen mangelnder Englisch-, sondern wegen fehlender Deutschkenntnisse.

Erster Auftritt der Erziehungsdirektorin

Bildungsdirektorin *Regine Aepli* äussert in ihrem ersten Votum in dieser Funktion Verständnis für die engagierte Diskussion, bei der es allerdings nichts zu entscheiden gebe. Die Entscheidungsbefugnis in dieser Frage liegt beim Bildungsrat. Der Rat kann mit einer Überweisung lediglich einen neuen Bericht des Regierungsrates erwirken, in dem dasselbe stehen wird wie im aktuellen. Wir haben Aussagen zu einem Gesamtsprachenkonzept veröffentlicht. Studieren Sie diese! Darin sind all die jetzt diskutierten Fragen beleuchtet. Die zuständige Kommission und anschliessend der Rat können diesen Bericht diskutieren. Wenn Sie danach zum Schluss kommen, zwei Fremdsprachen seien falsch, dann macht das dem Bildungsrat mit Sicherheit mehr Eindruck, als wenn Sie jetzt ein Postulat überweisen. Die Schweiz ist eine Willensnation, das sage ich als Nationalrätin. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit entsteht, wenn man sich versteht. Das erfordert Rücksichtnahme und keine Gleichschaltung aller Lehrpläne.

Mit 88 zu 76 Stimmen lehnt der Rat die Überweisung des dringlichen Postulates ab.

Erklärungen zum Südanflug

Hartmuth Attenhofer (sp., Zürich) verliest eine gemeinsame Erklärung aller elf in Zürich 11 und 12 wohnhaften Kantonsratsmitglieder. Die Bevölkerung von Zürich Nord leidet schon unter Lärm der Autobahn. Jetzt kommt vom frühen Morgen bis zum Abend Fluglärm hinzu. Dagegen protestieren wir in aller Form. Wir fordern, dass möglichst wenig Menschen von Fluglärm betroffen sind. Die gekröpften Nordanflüge und die Einhausung der A 1 sind voranzutreiben.

Martin Bäumle (gp., Dübendorf) verliest eine Fraktionserklärung. Die Grünen halten es für skandalös, dass die Regierung jetzt auf Südanflüge setzt. Es ist schlimm, dass sich die Regierung unter dem Deckman-

tel der Rechtsordnung jetzt aktiv für Südanflüge einsetzt. Der Regierungsrat macht erneut einen Kniefall vor Unique. Zürichs Stadtpräsident Elmar Ledergerber ist ein Wendehals. Wir wollen endlich einen verbindlichen Plafond bei 250 000 Flugbewegungen und eine gesetzliche Verankerung von neun Stunden Nachtruhe.

Richard Hirt (cvp., Fällanden) spricht in einer persönlichen Erklärung vom dritten Wortbruch der Regierung. Die Zürcher Bevölkerung und das kantonale Parlament werden via Notrecht ausgehebelt.

Präsidenten der Kommissionen

Der Rat bestellt die fünf kantonsrätlichen Aufsichtskommissionen und die sieben kantonsrätlichen Sachkommissionen für die Amtsdauer 2003 bis 2007 mit folgenden Präsidentinnen und Präsidenten: Finanzkommission: *Werner Bosshard* (svp., Rümlang). Geschäftsprüfungskommission: *Markus Mendelin* (sp., Opfikon). Justizkommission: *Gabriele Petri* (gp., Zürich). EKZ-Kommission: *Richard Hirt* (cvp., Fällanden). ZKB-Kommission: *Gerhard Fischer* (evp., Bärenswil). Kommission für Bildung und Kultur: *Brigitta Johner-Gähwiler* (fdp., Urdorf). Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt: *Sabine Ziegler* (sp., Zürich). Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit: *Regula Thalman* (fdp., Uster). Kommission für Planung und Bau: *Hans Frei* (svp., Regensdorf). Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit: *Christoph Schürch* (sp., Winterthur). Kommission für Staat und Gemeinden: *Bruno Walliser* (svp., Volketswil). Kommission für Wirtschaft und Abgaben: *Alfred Heer* (svp., Zürich).

Kein Steuerabzug für Kinderbetreuung

Claudio Schmid (Bülach) verlangt mit einer *Einzelinitiative*, Eltern von Kindern unter 15 Jahren sollten für Kosten der Kinderbetreuung durch Drittpersonen in der Steuererklärung einen Abzug von 3000 Franken geltend machen können.

Claudia Balocco (sp., Zürich) begründet, warum die SP-Fraktion das eigentlich sinnvolle Anliegen nicht unterstützt. Es ist ein Wirrwarr. Der Vorschlag läuft auf eine Erhöhung des Kinderabzuges hinaus. Eine Kopplung an die Erwerbstätigkeit muss sein, darum lehnen wir die Einzelinitiative ab. *Germain Mittaz* (cvp., Dietikon) bittet darum, den Vorschlag vorläufig zu unterstützen. Familien sind die Säulen der Gesellschaft von morgen. Für *Beat Walti* (fdp., Erlenbach) ist die demographische Entwicklung eines der grössten Probleme unserer Gesellschaft. Steuererleichterungen helfen nicht. Die Steuerreformen in Bund und Kanton nehmen die Anliegen auf. Die Einzelinitiative schlägt eine Giesskannenlösung vor. Das ist falsch. *Hans-Peter Frei* (svp., Embrach) begrüsst den Vorstoss als in der Stossrichtung richtig. Die geplante Revision des Steuergesetzes trägt aber mehr zur Lösung des Problems bei als die Einzelinitiative. Wir lehnen sie ab. Auch die Grünen werden die Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen, sagt *Katharina Prelicz* (gp., Zürich). Geplant ist im neuen Steuergesetz ein Abzug von 6100 Franken über das 15. Altersjahr hinaus. Das ist besser.

Der Rat versagt der Einzelinitiative die vorläufige Unterstützung. Nur 12 Parlamentarier stimmen dafür.

Wiedereinstieg in die Krankenpflege

Mit einem *Postulat* forderte Erika Ziltener (sp., Zürich) die Regierung auf, für Wiedereinsteigerinnen in die Krankenpflege vermehrt Kurse anzubieten und diese zu finanzieren. Die Gesundheitsdirektion beschloss kurz nach Einreichen des Postulates im Januar 2000 wegen der schwierigen Personalsituation, die Kosten für den Wiedereinstieg zu übernehmen.

Christoph Schürch (sp., Winterthur), der Präsident der vorberatenden Kommission, berichtet, dass bisher 48 Wiedereinsteigerinnen einen solchen Kurs absolviert haben. Es gilt, den Wissensverlust zu vermindern. Das Kursangebot ist sehr sinnvoll. Günstiger kommen wir nicht zu neuem, gut ausgebildetem Pflegepersonal. Die Kommission bittet um Zustimmung. *Erika Ziltener* (sp., Zürich) dankt und sagt, das Postulat könne mit gutem Gefühl abgeschrieben werden.

Gesundheitsdirektorin *Verena Diener* will die Kurse fortsetzen und hat zu diesem Zweck 35 000 Franken ins Budget 2004 eingestellt.

Antragssystem bei Prämienverbilligung

Ruth Gurny (sp., Maur) hatte mit einem *Postulat* Aufschluss darüber verlangt, wie sich der Wechsel von der automatischen Verbilligung der Krankenkassenprämien zum Antragssystem ausgewirkt hat. Gemäss Regierung hat sich der Wechsel bewährt. 94% der Anspruchsberechtigten haben das ihnen zustehende Geld bekommen, andere hatten das Einfordern vergessen oder das Geld nicht gewollt.

Christoph Schürch (sp., Winterthur) ruft die Resultate der Erhebung der Gesundheitsdirektion in Erinnerung. Die Gesundheitsdirektion beabsichtigt, beim nächsten Versand die Öffentlichkeit besser zu informieren. Die Kommission beantragt dem Rat mit 11 zu 4 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

Postulantin *Ruth Gurny* (sp., Maur) hält die Zahl von 12 000 Menschen, die den Antrag trotz Berechtigung nicht eingereicht haben, für hoch. Gurny stellt die Wissenschaftlichkeit der Datenerhebung in Frage. Der Auftrag wurde unpräzise erteilt. Die SP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten. *Franziska Frey* (fdp., Zürich) hält die Ergebnisse der Studie für aussagekräftig. Das neue System hat sich bewährt. Gemäss *Katharina Prelicz* (gp., Zürich) wird die Fraktion der Grünen die Abschreibung trotz methodischen Vorbehalten unterstützen. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) erinnert an die Diskussionen im Vorfeld der Änderung. Heute weiss man, die Vorbehalte der Linken waren verfehlt. Wir haben immer gesagt, dass ein Teil die Verbilligung gar nicht nötig hat. Wir bitten um Abschreibung.

Gesundheitsdirektorin *Verena Diener* hält das Postulat für beantwortet. Die zusätzlichen Aussagen, die Sie jetzt als unvollständig kritisieren, kamen auf unsere Anregung hin zustande. Der Bericht ist aufschlussreich, und das Ergebnis ist zufriedenstellend. Wir hatten schon vorher etwa 3000 Personen, die das Geld zurückschickten.

Es ist kein Ablehnungsantrag gestellt; das Postulat ist somit als erledigt abgeschrieben.

Lage der Regionalspitäler

In einem *Postulat* regt Gustav Kessler (cvp., Dürn-

ten) an, die Finanzierung der Regionalspitäler sollte auf eine solidere Basis gestellt werden. Der Regierungsrat ruft in seiner Antwort die gesetzlichen Grundlagen in Erinnerung. Der Kanton ist für die stationäre Spitalversorgung der Bevölkerung mit Leistungen der obligatorischen Grundversicherung verantwortlich. Die Gemeinden betreiben die Spitäler, der Kanton subventioniert.

Christoph Schürch (sp., Winterthur) berichtet, die vorberatende Kommission sei nach verschiedenen Abklärungen zum Schluss gekommen, die Spitäler könnten mit der geltenden Regelung leben. Die Kommission beantragt einstimmig die Abschreibung des Postulates. *Blanca Ramer* (cvp., Urdorf) unterstützt die Abschreibung, vertritt aber die Ansicht, das Problem der Spitalfinanzierung werde den Rat in Zukunft noch stark beschäftigen. Die Situation bleibt vorerst unbefriedigend. Wir stimmen der Abschreibung murrend zu. *Käthi Furrer* (sp., Dachsen) vertritt die Ansicht, die Situation der Regionalspitäler sei geklärt. Die Gemeinden sind grossmehrheitlich zufrieden mit dem System. Wir stimmen der Abschreibung des Postulates zu.

Franziska Frey-Wettstein (fdp., Zürich) zweifelt daran, dass die Gemeinden wirklich so zufrieden sind. Wir sind gespannt, welche Neuregelung das Gesundheitsgesetz bringt, das bald vorliegen soll. Dieses Postulat können wir heute abschreiben. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) bestätigt, dass die Dualität der Finanzierung durch Kanton und Gemeinden immer wieder zu Schwierigkeiten führt. Wir können das Problem jetzt nicht lösen. Wir sind für Abschreibung.

Lehrstellen als Submissionskriterium?

Carmen Walker Späh (fdp., Zürich) fordert den Regierungsrat in einem für dringlich erklärten *Postulat* auf, die Submissionsverordnung so anzupassen, dass Unternehmen, welche Lehrstellen anbieten, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden. Der Regierungsrat lehnt den Vorschlag ab, erklärt sich aber bereit, den Vorschlag bei der bevorstehenden Revision der Submissionsverordnung zumindest zu prüfen.

Die *Postulantin* ist verwirrt. Der Regierungsrat lehnt das Anliegen ab, will es aber prüfen. Wir bitten den Regierungsrat, mehr Mut zu haben in einer Frage, in der es um die Zukunft unseres Nachwuchses geht. Es kann nicht sein, dass einfach das billigste Angebot gilt. Mir geht es auch darum, die wichtigen Ausbildungsleistungen der KMU anzuerkennen. *Lucius Dürr* (cvp., Zürich) erinnert an die lange Leidensgeschichte des Anliegens der Lehrlingsausbildung. Der Regierungsrat begründet immer nur juristisch. Die Gefahr ist gross, dass die Regierung das Anliegen schubladisiert. Gerade das Baugewerbe hat aber ein Interesse an der Umsetzung dieses wichtigen Postulates. Die CVP unterstützt das Postulat.

Peter Mächler (svp., Zürich) beklagt das Fehlen von Lehrstellen in städtischen Agglomerationen. Wir müssen darum diejenigen belohnen, die sich für die Lehrlingsausbildung einsetzen. *Chantal Galladé* (sp., Winterthur) erinnert daran, dass ein gleich lautender Antrag der SP vor drei Jahren von den bürgerlichen Fraktionen abgelehnt worden ist. Wir haben heute zusammen mit EVP und Grünen ein Postulat mit dem Antrag auf Dringlichkeit eingereicht, das den Kanton verpflichtet, Lehrstellen anzubieten.

Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) ruft dazu auf, alle Register zu ziehen, wenn es darum geht, jungen

Menschen den Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Auch *Esther Guyer* (gp., Zürich) ist für Überweisung des Postulates. Der Kanton trägt gegenüber der Jugend eine staatspolitische Verantwortung. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) spricht von einem grossen Engagement vieler Betriebe für die Ausbildung. Es ist richtig, wenn diese Betriebe bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen einen Pluspunkt haben. Im Übrigen ist es nicht so, dass es zu wenig Lehrstellen gibt. Es gibt eine Abneigung gegenüber handwerklichen Berufen.

Baudirektorin *Dorothee Fierz* erläutert die Haltung der Regierung. Unsere Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen, rührt daher, dass wir das Thema Lehrstellen mit der gleichen Sorge beobachten wie der Rat. Es ist nicht die Lösung, die Gewerbetreibenden zu

zwingen, Lehrstellen anzubieten. Das Gewerbe hat sich noch vor einem Monat im Vorfeld der Volksabstimmung klar gegen die Pflicht ausgesprochen.

Da kein Ablehnungsantrag gestellt wird, überweist der Rat das *Postulat* ohne weitere Diskussion.

Der Vorsitzende erinnert die Ratsmitglieder an den verstorbenen Max Korthals, der von 1966 bis 1975 für die FDP im Rat sass. Der Rat dankt dem Verstorbenen für seinen Einsatz und spricht den Hinterbliebenen das Beileid aus.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 50.

Nächste Sitzung: 2. Juni.